

Ein Jahr Covid-19 – Die Auseinandersetzung muss geführt werden, aber solidarisch.

Gegenwärtig schlägt die Diskussion um die Methode zur Eindämmung des seit einem Jahr in unserem Lande grassierenden Covid-19 Virus in Parlament und Bevölkerung hohe Wellen. Die ansonsten für ihre scharfsinnigen und profunden Argumente bekannte SVP Nationalrätin Fr. Martullo Blocher, die vor einem Jahr eine der ersten war, die den Ernst der Covid-19 Epidemie erkannt hat, mit einer Maske im Parlament erschien und dafür belacht, gescholten sowie des Saales verwiesen wurde, wirft heute dem Bundesrat und den Behörden „Diktatur“ vor.

Zum Vorwurf der Diktatur:

Ihre Definition der Diktatur, im Nationalrat vorgebracht, erschöpft sich in dem simplen Argument, dass eine Diktatur dann vorhanden sei, wenn eine Mehrheit über eine Minderheit bestimme. Nun ist es so, dass in jedem grösseren Operationsteam die ein bis drei Operateure bestimmen wie eine Operation vorzunehmen ist. Auch die meisten Firmen und Konzerne sind nicht genossenschaftlich organisiert, d.h. ihre Mitarbeiter haben wenig Mitspracherechte und können nicht mitbestimmen, ob z.Bsp. die Firma, in der sie arbeiten, an einer Fusion teilnehmen soll oder nicht.

Ganz zu schweigen von den uns umgebenden Ländern. Nach Fr. Martullo Blochers Definition ist die Schweiz von Diktaturen umgeben. In einer parlamentarischen Demokratie entscheiden per definitionem nur die gewählten Parlamentarier über wesentliche Fragen. Oftmals sind noch nichtmal die Parlamentarier gefragt, sondern der Lead des Landes bleibt ganz Wenigen überlassen. In Deutschland z.Bsp. hat man sich nach dem 2. Weltkrieg bewusst für eine parlamentarische Demokratie entschieden und bis heute überwiegt die Auffassung, dass das „Volk“ nicht in der Lage sei über grundsätzliche Fragen mitzuentcheiden. Noch schärfer stellt sich die Problematik in den präsidialen Demokratien dar, wie Frankreich oder in präsidialen Demokratien wo ein Präsident per Dekret unter gewissen Bedingungen das Parlament sogar ausschalten kann. Nach der Definition von Fr. Martullo Blocher und einigen anderen SVP Nationalräten ist also die Schweiz gegenwärtig von Diktaturen umgeben und droht selber zur Diktatur zu werden.

Das letzte Mal, als die Schweiz von Diktaturen umgeben war, war vor und während des 2. Weltkriegs. Obwohl es aus heutiger Sicht wünschenswert gewesen wäre, die Schweiz hätte

sich damals noch mehr Eigendynamik bewahrt, als sie es gemacht hat, ist unserem Land nicht abzusprechen, dass es gegenüber den umgebenden Diktaturen durchaus auch markante Abgrenzungen vorgenommen hat. So war klar und wurde auch benannt, dass es sich beim Naziregime um eine Diktatur handelt.

Warum wurde die Methode Taiwans in der Bewältigung einer Pandemie ignoriert?

Bereits früh hat die Demokratische Republik Taiwan erkannt, dass es sich bei der Coronaepidemie um eine Problematik handelt, die der ganzen Welt gefährlich werden könnte. Taiwan hat frühzeitig im JAMA, (Journal of the American Medical Association) und im Internet für alle einsehbar eine detaillierte Aufstellung publiziert wie dem Virus Herr zu werden ist ohne dabei diktatorische Methoden anzuwenden. Das Anliegen von Taiwan war es anderen Staaten eine Anleitung zu geben. Taiwan hat konsequent die wissenschaftlich epidemiologischen Erkenntnisse angewendet und gehört damit zu den wenigen Staaten in unserer Welt, die im Kampf gegen das Coronavirus ohne Anwendung diktatorischer Methoden erfolgreich sind.

Leider haben die meisten Länder dieser Welt die Offerte Taiwans nicht angenommen. Man schaute gebannt auf China und bediente sich im Umgang mit dem Coronavirus der Methode der chinesischen Diktatur, wozu auch der Shut-Down bzw. Lockdown gehört. Politisch ist dieses Vorgehen nachvollziehbar, an den Bevölkerungen dieser Welt ist es ein Verrat.

Länder, die sich offiziell auf Taiwan berufen und sich, an ihre eigenen Konditionen adaptiert, das Modell Taiwan öffentlich zu eigen gemacht hätten, im Widerspruch zur Methode Chinas, hätten damit impliziter die Eigenständigkeit Taiwans anerkannt. Galt es dies um jeden Preis zu vermeiden? Könnte es sein, dass viele Repräsentanten unserer Länder um die Risiken dieses Konfliktes China-Taiwan wissen und dies ihren Bevölkerungen vorenthalten?

Taiwan steht unter dem Protektorat der USA. China erhebt aber Anspruch auf Taiwan und hat angekündigt, dass es dafür sorgen wird sich Taiwan bis Mitte, Ende der 40er Jahre vollständig einzuverleiben. China rüstet militärisch gegenwärtig massiv auf. Australien hat versucht sich am Beginn der Pandemie den chinesischen Einflüssen zu widersetzen. Es folgten prompt wirtschaftliche Sanktionen, die die Abhängigkeit unserer aller Länder von der chinesischen Wirtschaft vor aller Welt blosslegten. Nun darf nicht angenommen werden, dass eine so hohe wirtschaftliche Abhängigkeit möglich ist ohne in eine politische Abhängigkeit zu geraten. Das Taiwanmodell ist viel mehr Politikern bekannt als es auf den ersten Blick den Anschein haben mag. In der Schweiz wird der Hinweis auf Taiwan gerne abgetan mit dem Satz „Wir sind uns

einig, das ist eine Insel“Punkt. Nun hat die Schweiz in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten immer wieder grosses Geschick darin erwiesen positive Aspekte von neueren Entwicklungen, z.Bsp. technologischen Entwicklungen, die aus dem Ausland unter ganz anderen Konditionen entstanden sind, an ihre eigenen Möglichkeiten anzupassen. Nichts von dem ist und das hat verschiedene Gründe, die auch mit mangelndem Fleiss und Bequemlichkeit zu tun haben mögen, geschehen.

Wir müssen das „Übel“ beim Namen nennen: die Diktatur sitzt in China

Wenn wir nun von einer „Diktatur“ sprechen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Covidkrise, gehört diese Zuschreibung nach „China“ und der Einfluss der chinesischen Methode bei der Bewältigung der Covidkrise in vielen Ländern darf nicht ignoriert werden. In der Psychiatrie nennen wir das, was Fr. Martullo Blocher und einige ihrer SVP Kollegen gegenwärtig (möglicherweise vor allen Dingen provokativ gemeint) in die Welt setzen „Fehlattributtierung.“ Die Diktatur kommt nicht von unseren Behörden und vom Bundesrat, sondern diese haben sich wie leider viele Länder dieser Welt der diktatorischen Einflussnahme bei der Bewältigung der Krise, die nicht zuletzt durch die personelle Besetzung der WHO garantiert ist, ebenso wenig entzogen wie andere Länder dies getan haben. Wenn wir also von Diktatur sprechen, muss China genannt werden und sein Einfluss im Zusammenhang mit der Covidkrise. Wenn wir dies nicht beginnen zu tun, wird es in wenigen Jahrzehnten auch der Schweiz nicht mehr möglich sein offene, konstruktive Diskussionen zu führen.

Der Schweizer Bürger hat die Möglichkeit der politischen Einflussnahme. Dies ist auch an Verantwortung gebunden.

Es kommt hinzu, dass die Schweizer Bevölkerung und das Schweizer Parlament das Epidemien-gesetz, welches gegenwärtig in Praxis ist, bejaht hat. Dass die Bevölkerung bzw. wir zu wenig wach waren zu realisieren, dass wenn so ein Gesetz besteht es auch eine gewisse Wahrscheinlichkeit gibt, dass eine Epidemie eintritt, kann nicht unseren Behörden und dem Bundesrat zum Vorwurf gemacht werden. Wenn wir eine direkte Demokratie haben und aufrecht erhalten wollen, bedeutet das für jeden Bürger die Pflicht sich kundig zu machen, zumindest vor den Abstimmungen das Abstimmungsbüchlein detailliert zu studieren und zu diskutieren und die Entscheidungen nicht den Repräsentanten des Staates zu überlassen. Wenn wir diese Verantwortung nicht übernehmen sind wir nachher auch nicht berechtigt, ständig zu klagen, was andere falsch machen. Vor und während des zweiten Weltkriegs hat

die Schweiz wie bereits erwähnt sich eine gewisse Eigendynamik und Eigenständigkeit in Abgrenzung von den sie umgebenden Diktaturen bewahrt. Dazu gehört als erster Schritt, dass man den Mut hat das Kind beim Namen zu nennen. Die Diktatur heute sitzt in China. Sie sitzt weder in unserem Bundesrat noch in unseren Behörden (wenngleich ich auch mit dem Vorgehen nicht einverstanden bin) und sie sitzt auch nicht in erster Linie in den uns umgebenden Ländern. Solange wir nicht bereit sind diesen Minimalschritt der Benennung des „Übels“ vorzunehmen, ist die Gefahr gross, dass wir uns in gesellschaftsspaltendem Geplänkel verlieren, wie das so oft der Fall ist, wenn man das Kind nicht beim Namen nennt. Es ist nicht einzusehen, warum eine Schweiz, die es vor 80 Jahren geschafft hat sich zumindest in der Meinungsäusserung von einer Diktatur abzugrenzen, dies heute gegenüber China nicht können soll. Damit wäre bereits der erste Schritt in Richtung konstruktive Auseinandersetzung getan. Wir könnten anerkennen, dass die Bevölkerung und das Parlament zwar das Epidemiengesetz verabschiedet hat, dass aber keiner von uns absehen konnte, dass wir uns fast weltweit bei der Durchsetzung des Gesetzes im Falle einer Pandemie einer diktatorischen Methode bedienen werden. (Anpassung an China: Shut-down/Lockdown auf der Grundlage von Einschüchterung von denjenigen, die frühzeitig das Problem erkannt haben wie einige Ärzte; Vertuschungsmethoden, und Verhinderung einer frühzeitigen, konstruktiven Bewältigung des Virus wie es z.Bsp. Taiwan getan hat).

Wir sind jetzt da wo wir sind und wir stehen nicht besonders gut da; weder menschlich noch bei der Bewältigung der Krise. Aber wir könnten daraus lernen statt uns in gegenseitigen fehlgeleiteten Schuldzuweisungen zu erschöpfen, währenddessen das Virus davon völlig ungerührt Zeit gewinnt zu mutieren, sich munter weiter ausbreitet und zwar nicht nur unter wenigen Prozenten einer Risikogruppe.

Die sogenannte „Risikogruppe“

Zur sogenannten Risikogruppe gehören je nach Perspektive 25-40% der Bevölkerung. Das Immunsystem vieler Menschen ist nicht so idealtypisch wie viele das wünschen würden und viele Mitmenschen unter uns leiden unter Krankheiten, die sie für eine Covidinfektion empfänglich machen, ohne dass ausser dem Arzt irgendjemand das weiss. Z.Bsp. leichte genetische Defekte, Diabetes etc. etc. Es kommt hinzu, dass dieses Virus offensichtlich auch gewisse genetische Präferenzen hat. Das heisst, trifft es bei einem völlig gesunden Menschen auf eine für ihn passende genetische Grundlage, kann es sich sehr unangenehm bemerkbar machen. In diese Kategorie gehört auch, dass in der Schweiz bis Dezember 2020 541 Fälle

von coviderkrankten Neugeborenen gemeldet wurden; davon 76 Fälle unter einem Monat. Bei 10 Fällen war bereits bis Mai 2020 das sogenannte „Multisystem inflammatory Syndrom in children“ (MIS-C) aufgetreten, dessen Behandlung kompliziert ist. Weltweit versterben etwa 2% der betroffenen Neugeborenen an den Folgen von MIS-C. Während sich 2/3 der von MIS-C betroffenen Säuglinge vollständig erholen bleiben bei 1/3 Restsymptome zurück.¹ Für jedes Elternpaar, dessen Kind unter den Folgen einer Coviderkrankung auf unbestimmte Zeit leiden muss oder gar gestorben ist, stellt dies ein Drama dar. Letztendlich und das ist entscheidend, zerstören diese Fakten den Mythos von den Wenigen, die zu einer Risikogruppe gehören ebenso wie den Mythos von der „Rentnerkrankheit“.

Bieten uns Vakzinen einen Ausweg?

Ob die Vakzinen, die gegenwärtig im Umlauf sind einen Ausweg aus der Pandemie bieten, können wir heute schlichtweg nicht sagen. Die Datenlage ist zu intransparent. Für den der englischen Sprache kundigen Leser sei auf die Webinarserie der University of Bristol MRC Integrative Epidemiologic Unit verwiesen, „Known Unknown Covid-19 Vaccines“, speziell Broadcast on 25th February 21 an der auch Peter Doshi, Professor of Pharmaceutical Health Services Research der University of Maryland School of Pharmacy teilgenommen hat.

Die Diskussion um die wirtschaftlichen Folgen mit Augenmass führen

Die wirtschaftlichen Folgen für zahlreiche Einzelfälle, Klein- und Grossfirmen, und die damit verbundenen Menschen können nicht ignoriert werden. Die Schweiz hat in diesem Zusammenhang auf eine Tradition zurückgegriffen, derer sie sich schon in vielen Krisen auf hervorragende Weise bedient hat. Sie sorgt dafür, dass wenn möglich keiner, unverschuldet im Rahmen der Krise in Armut gerät. Die Art und Weise der wirtschaftlichen Unterstützung von notleidenden Teilen der Bevölkerung findet mit Recht in der ganzen Welt Beachtung. Sie ist ein wichtiger Faktor um Unruhen innerhalb der Bürgerschaft die Spitze zu nehmen. Ich bin jedoch der Meinung, dass wir auch bei unserer Armutsdefinition die Kirche im Dorf lassen sollten: Vor einigen Monaten strahlte das Schweizer Fernsehen die Geschichte eines „Armutsbetroffenen“ aus, der bei der Caritas einkaufen ging. Bedauernd und für das ganze Fernsehpublikum hörbar stellte der Mann fest, dass es leider an diesem Tag kein Bündnerfleisch zu kaufen gebe. So musste er auf eine andere feine Fleischsorte ausweichen. Um es pointiert zu sagen: so lange sich unser Armutsbegriff an dem Massstab misst, ob jemand sich Bündnerfleisch kaufen kann oder nicht, haben wir zumindest wirtschaftlich die

¹ Swiss medical Forum 2021; 21 (9-10); 163-164.

Covidkrise bis dato gut bewältigt. Die Auseinandersetzung darüber, wie viel wirtschaftliche Hilfe nötig ist oder nicht, ist legitim; man sollte aber darüber nicht den Massstab aus dem Auge verlieren im Rahmen dessen wir diskutieren.

Abschluss

Ich hoffe, dass ich mit diesem Beitrag den Lesern meiner Website Material zur reichhaltigen Auseinandersetzung geliefert habe. Rückmeldungen auch vom Leserkreis meiner Website aus China, auch dort habe ich wie ich den Hintergrundkoordinaten entnehme seit meiner Berichterstattung über Covid-19 Leser, sind im Sinne einer konstruktiven Auseinandersetzung willkommen.

Dr. med. Catja Wyler van Laak, im März 2021